

daß die gesellschaftliche Ordnung Bestand habe, als daß sie sich auf ein solches Koalitionsverhältnis einlassen könnten. Entweder wurden sich die Linksozialisten in die flüchtige Abhängigkeit von den Kommunisten begeben, oder der Kampf wäre sofort da. Wären sie sich aber in die bedingungslose Abhängigkeit von den Kommunisten begeben, so wären bei internpolitischen Maßnahmen ihre Hände auf Schritt und Tritt so sehr gebunden, daß sie nichts zuwege bringen könnten.

Diese Sorge der Rechten um die Art und Coel ist wirklich rührend. Der „Volkstaat“ tröstet dann aber gleich die „Linken“, indem er ihnen sagt: „Indes, wer die tatsächlichen Verhältnisse nur einigermaßen kennt, der weiß, daß Linksozialisten und Kommunisten zusammen eine Mehrheit nicht erreichen werden. Die Ergebnisse bei der Hindenburgwahl und bei der Abstimmung über den Ämterentscheid haben hier aufschlußreiche Winke gegeben.“

Darauf folgt ein Appell wegen der nationalen Einheit, dann teiles Schweigen. Jedoch das, was der „Volkstaat“ dann verschweigt, verflücht die „Staatszeitung“. Sie ist ja nicht „Parteiorgan“, sie wird nicht von den Anhängern der KPD geleitet, also kann Herr Reichle hier noch „staatspolitisch“ sein, wie in seinem „Volkstaat“. In einem Artikel „Randbemerkungen zur Landtagswahl“ nimmt man Stellung zu dem Schillingers-Angebot, Wahlbündnis, Sozialisation auf links und rechts, und schreibt dazu:

„Andere sozialdemokratische Blätter dagegen lehnen die hier angebotene Linie entschieden ab und fordern die Wiederherstellung der proletarischen Wehrheit. Es ist zwar nicht recht ersichtlich, was man damit bezweckt; denn diese proletarische Wehrheit, die sicher auch so von der alten Sozialdemokratie Sanktions genau so gewünscht wird, wie der Bürgerhaushalt eine Rechtsmehrheit erstrebt, wird nur durch SPD, KPD und KMS erreicht werden können. Es sollte aber Klarheit darüber bestehen, daß die alte Sozialdemokratische Partei ein Zusammengehen mit den Kommunisten ebenso entschieden ablehnen dürfte, wie etwa das Experiment einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung, das nur mit Unterstützung der Kommunisten möglich wäre. Unter diesen Umständen dürfte sich die proletarische Wehrheit staatspolitisch kaum auswirken. Findet sich unter solchen Umständen die Sozialdemokratie zu einer Koalition mit den staatsbeherrschenden Parteien bereit, dann dürfte jede dieser Parteien eine solche Umkehr nur begrüßen. Verharrt die SPD weiter auf ihrem negativen Standpunkt, dann wird das kein Hindernisgrund sein, den bestehenden Kurs im neuen Landtag weiterzuführen.“

In diesen Ausführungen ist einiges sehr beachtlich für die Arbeiter. Das Begehren, darauf zu hoffen, daß die Wehrheit nicht so erreicht wird, daß die Kommunisten im Interesse der Arbeiter einen entscheidenden Einfluß haben, lassen wir den KPD-Parten.

Dann aber interessiert folgende Feststellung: Die KMS will unter allen Umständen die Klassenfront verhindern. Sie fordert die SPD zum Bündnis zur gemeinsamen Regierung auf. Die KMS handelt bei dieser Aufforderung scheinbar nicht ohne Wissen und die Zustimmung der Kapitalisten, sie fordert für diese die Mitarbeit der SPD, sie bietet den Postenbesetzern einige Posten. Nimmt die SPD nicht an, dann geht der alte Kurs weiter. Das ist die Erklärung der KMS. Da kann man doch wirklich gespannt auf die Antwort sein. In der „Botschaft“ haben wir für Montag noch nichts gelesen.

Dann aber hält die KMS immer noch ein anderes Mittel in Reserve: „Muss man denn überhaupt wählen?“ fragen nach dem „Volkstaat“ die wasserläufigen Verbände.

„Immerhin können Fragen noch in letzter Stunde aufstehen, die zwingend für eine Verlängerung (der Landtagsperiode, die Red.) sein können.“

Man sieht, die Kapitalisten und ihre Helfstruppen halten sich alle Wege zum Betrug, zur Zerschlagung und zur Rechtsmache des Proletariats offen. Die Arbeiterklasse Sanktions muß dieses Spiel durchkreuzen. Sie muß die unbedingte Durchführung der Wehrheit erzwingen, sie muß aber auch dafür sorgen, daß eine Mehrheit gegen die Heldt-Regierung, eine Mehrheit gegen den Bürgerhaushalt zustande kommt. Die Arbeiterklasse muß verhindern, daß eine Bürgerhaushaltsregierung wie in Thüringen und Bayern die Arbeiter knebelt, aber es muß auch verhindert werden, daß eine neue Koalition die Arbeiter betrügt und den kapitalistischen Unterdrückung gewährt. Keine Stellung zum Wahlkampf und darüber hinaus ist klar.

Sachsen muß wieder ein rotes Sachsen werden!

Die sächsischen Arbeiter besitzen die Macht, wenn sie einig sind. Die Bildung einer Bürgerhaushaltsregierung muß verhindert werden, aber auch die Bildung einer Regierung, in der die Rechten vom Schilde dominieren, darf nicht wieder erfolgen. Wenn am Sonnabend die KMS im „Volkstaat“ erklärt, daß wegen ihrem Werten der Ordnungsbund überflüssig sei in Sachsen, wenn sich die KMS als Ketterin des Proletariats aufspielen will, so ist das eine Lüge und Betrug. Die Taten der Heldt-Regierung beweisen das Gegenteil. Die Koalition war ein Schritt zur Rettung der Kapitalisten.

Weiter aber darf die Arbeiterklasse Sanktions den „Linken“ sozialdemokratischen Führern das bisher betriebene Doppelspiel nicht mehr erlauben.

Die Kommunistische Partei hat den sächsischen Arbeitern schon mehrfach ihre Einstellung zur Regierungsbildung erklärt. Wir wollen diese heute nochmals wiederholen: Die KPD erklärte schon am 15. November 1923:

„Die KPD wird der Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung — gegenüber den Vertretern der reaktionären sozialdemokratischen Führer, auch bei einer Mehrheit von Kommunisten und Sozialdemokraten im Landtag eine Koalitionsregierung herbeiführen — keine Schwierigkeiten bereiten.“

Die KPD erklärt der Arbeiterklasse auf Grund der bisherigen Erfahrungen, daß sie sich nicht auf eine Unterdrückung der Minderheitsregierung verlassen, sondern ihr Verhalten der Regierung gegenüber jeweils und in jeder Situation von den gemeinsamen der Regierung abhängig machen wird. Die Kommunistische Partei wird gegen jeden arbeitserfindlichen Schritt der Regierung die Massen der Werktätigen mobilisieren und den Kampf gegen die Regierung organisieren.

Zelnermäßig wird die Partei bei der Behandlung der Frage der Koalitionspolitik auch ihre grundsätzliche Stellung zur Regierungsfrage im bürgerlichen Staat betonen.“

Diese Erklärung gilt auch heute noch. Die KPD wird nach den Wahlen den SPD-Führern Gebotnisse geben, ihre den Arbeitern gemachten Versprechungen nachzukommen. Die Arbeiter Sanktions müssen dafür sorgen, daß die Koalition nicht gebildet wird, die „Linken“ aber müssen sich nicht in der Provinz handeln.

Kandidaten der Parteien

Man kennt den Bund als Spitzenkandidat, den die Arbeiterklasse in der Provinz aufgestellt hat: Böckel, Gerlach, Frau und Frau. In der Provinz hat die Arbeiterklasse in Dresden eine Liste aufgestellt. Die Arbeiterklasse hat die Arbeiterklasse in der Provinz aufgestellt. Die Arbeiterklasse hat die Arbeiterklasse in der Provinz aufgestellt.

Die Polizeischmuckausstellung und das Reichswehrministerium

Was auf der Polizeiausstellung fehlt — Eingriffe des Reichswehrministeriums

Am letzten Sonnabend wurde in Berlin die Internationale Polizeiausstellung, die unter dem Protektorat Hindenburgs steht, eröffnet. In der Ausstellung sind unter anderem die Polizeischmuckausstellung, die unter dem Protektorat Hindenburgs steht, eröffnet. In der Ausstellung sind unter anderem die Polizeischmuckausstellung, die unter dem Protektorat Hindenburgs steht, eröffnet.

Gerade die preussische Polizei bemüht sich, überwiegend ihr Gesicht als Verlehrs- und Polizei gegen kriminelle Verbrecher zu zeigen. In ihrer „Popularisierung“ will sie auch beweisen, daß sie in den Infanteriejahre den „Kampf gegen das Verbrechen“ geführt habe. Es fehlen aber für die Öffentlichkeit alle jene Dinge, die den aussergewöhnlichen Charakterzug der Polizei Sanktions markieren würden — den Charakterzug eines Polizeischmuckausstellung des kapitalistischen Staates, des Polizeischmuckausstellung des kapitalistischen Staates, des Polizeischmuckausstellung des kapitalistischen Staates.

Sehr interessant ist aber, daß die Ausstellung — wie die „Volkzeitung“ berichtet — vom Reichswehrministerium gesponsert wurde, aus der geschickten, also nur den Beamten und nicht dem großen Publikum zugänglichen Ausstellung, folgende Dinge empor zu rufen:

1. die Majestätische, mit der Walter Rathenau ermordet wurde;

2. das gesamte Material, das mit dem Mememordfall in Verbindung steht;
3. die Ausstellungsobjekte, die sich auf die Taten von De und Plätner beziehen;
4. das Wort „Feme“, selbst soweit es auf Plätzen des Mememordfall vorkommt (!); an Stelle von „Feme“ ist das Wort „Verrätermord“ zu setzen;
5. sind alle militärischen Bezeichnungen, Dienstgrade und (bei den Mememördern) die Red.) bei der Darstellung politischer Straftaten zu überleben.

Herr Geiler zeigt sich sehr um den guten Ruf der sozialdemokratischen Mememörder, deren Organisationen in engster Verbindung mit seiner schwarzen und schwarz-weißen Kommando der Ausstellung, was sie zu unterlassen habe; wie im Ausnahmefalle, wie zur Zeit der „Welt am Abend“ demokratisch ereifert:

„Was geht das Kriegsministerium die Polizeiausstellung an? Wechselt sollen Beamte nicht die Pistole bestreiten mit der die Halunken Walter Rathenau getötet haben? Was soll man Verbrecher aus dem Soldatenstand nicht mit dem Dienstgrad nennen? Das sind Einmischungen der Offiziere die wir uns nicht bieten lassen; wir leben in keinem Ausnahmezustand, und die Zeiten, wo die Gassenhänger jeden beliebigen unumhüllten herrschten, sind, Gott sei Dank, vorbei.“

Wie das Beispiel lehrt, sind sie eben nicht vorbei! Und werden im Verlauf der neuen imperialistischen Vorkämpfer der deutschen Bourgeoisie immer weniger vorbei sein. „Geist der alten Armee“ wird in Verbindung mit der imperialistischen Gegenwehr allmählich eine selbständige Außenpolitik machen, in der Reichswehr immer mehr gepflegt werden. Herr Geiler ist nur die innere Kezelle der Streifenmännchen Kampfpolitik!

Das Vorgehen des Reichswehrministeriums paßt ja eigentlich ganz gut in den Geist, aus dem die Ausstellungsgesellschaft für die Polizeischmuckausstellung entstanden sind.

Demokraten, Sozialdemokraten und Koalition

Am Sonntag tagten in Dresden die Demokraten und beschloßen sich mit dem Kandidatenwahl Reichsminister Kall zu einem Referat, dann sprachen Dehne und Siefert. Kall erklärte sich auch für die Koalition. Den Wehrverbänden sprach er die „Intelligente“ ab. Dafür erklärte er:

„Noch bedinge die Unterhaltung unseres Arbeitervolkstums einen Millioneneinwand. Es ist zu begrüßen, daß sich die Rede Sieferters und ihre Anhänger zeigen, auch in den Kreisen des Unternehmertums die Erkenntnis immer mehr durchzieht, daß eine beständige innerpolitische Situation nur erreicht werden könne, wenn die in der Sozialdemokratie zusammengeschlossenen Massen der arbeitenden Bevölkerung in verantwortlicher Staatsbeziehung erhalten würden. Der in Sachsen unternommene Versuch, den Ausschluß der Sozialdemokratie von der staatsbeherrschenden Verantwortung als Kompromiß zu propagieren, ist ein schwerer und verhängnisvoller psychologischer Fehler.“

Dehne erklärte auf der Tagung, daß es ausgeschlossen sei, mit Sozialdemokraten, die sozialistische Ideen haben, eine Koalition zu machen. Im übrigen lobte er die KPD.

Siefert sagte, daß ein Teil der Sozialdemokraten für die demokratische Idee gelte. Der Erfolg sei eine Lösung vom Klassenkampf.

Die „Volkzeitung“ nimmt gestern in dieser Demokratentagung Stellung. Natürlich interessiert sie am meisten die Koalitionsfrage. Nach einer Vorrede darüber, daß die bürgerlichen Minister nur eine Koalition wollen, in der die sozialdemokratischen Minister zu mühen, was die Führer wollen, schreibt die „Volkzeitung“ nicht etwa für die Unterdrückung der Koalition, für den einseitigen Kampf gegen die Koalition, sondern die „D. V.“ erklärt:

„Gewiß, Koalitionspolitik wird immer Kompromisspolitik sein, und wenn überhaupt die Sozialdemokratie eine Koalition eingeht, wird sie auf die Durchführung dieser ihrer Forderungen verzichten müssen. Aber diese Kompromisspolitik darf nicht einseitig auf Kosten der Sozialdemokratie gehen. Wenn Sozialdemokraten in einer Koalition nur schafsel werden unter der Bedingung, daß sie auf die Durchführung aller sozialistischen Ziele verzichten, so muß sich die Sozialdemokratie für eine derartige Koalition recht gründlich bedenken.“

Man darf diese Erklärung auch wohl als eine Antwort an die „Staatszeitung“ und Herrn Reichle betrachten, enthält doch diese Erklärung wieder die grundsätzliche Verzichtsbasis zur Koalition mit den Kapitalisten.

Die Arbeiter Sanktions müssen wissen, daß die „Linken“ sich heute schon mit dem Gedanken der Koalitionsbildung abgefunden haben. Sie wollen durch die Wahlen in die Bürgerfront.

Zum Koalitionschacher in Preußen

In seiner Sonntagsnummer nimmt der „Vorwärts“ Stellung zu den Verhandlungen über die Erweiterung der preussischen Regierung durch Hinzunahme der Deutschen Volkspartei. Der „Vorwärts“ sagt nicht ja, nicht nein, er fordert, daß gleichzeitig mit der Erweiterung der preussischen Regierung eine solche in Preussisch-Pommern, Thüringen, Sachsen und Bayern erfolgen müsse. Er ist also für die Koalition unter bestimmten Bedingungen, er ist für die Koalition für einen bestimmten Kaufpreis. Die Meinung des Reichsdienstes der deutschen Presse, daß die Volkspartei das Koalitionsangebot nur wegen ihres demnachst stattfindenden Parteitag machen und daß die Volkspartei auch ohne dieses Hilfsmittel seinen Weg suchen müsse, hält der „Vorwärts“ für richtig und stimmt dem zu.

Konkreter äußern sich schon einige sozialdemokratische Führer. Auf der gestern fortgeführten Tagung des Reichsdienstes Reichsbundes erklärte Scheidemann, auf lange hinaus seien in Deutschland nur Koalitionsregierungen möglich. Da Scheidemann von den Verhandlungen zwischen Zentrum und Volkspartei gewußt hat, kann sich diese keine Versicherung nur auf die heutige Regierungserweiterung in Preußen beziehen.

Am Karften nennt der Schiefelstahmsminister, Wolfgang Heine, zu der und für die Koalition Stellung. In den „Sozialistischen Monatsheften“ schreibt er über die notwendige „Republikanisierung“ und sagt:

„Meines Erachtens gibt es da nur ein Mittel: Die Republik muß ihre Kraft und Unerschütterlichkeit beweisen. Die republikanischen Parteien müssen sich endlich zusammenschließen und die Deutsche Volkspartei, die in der preussischen Großen Koalition jahrelang in ständiger Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie arbeitet hat, muß sich wieder zu dieser harten Arbeit entschließen. Nur die eigentlich demokratischen Parteien sind es aber, die einzeln zu halten, daß die Gegenwart eine Restauration der Monarchie zur Zeit viel weniger ist als die, daß die Republik selber politisch unerschütterlich und daß auch nach dem Untergang der demokratischen Partei man

habilitiert werden, was unmöglich ist, wenn die demokratische Partei es bequem findet, außerhalb der Opposition zu stehen. Die erfahrenen und klügsten Männer der Sozialdemokratie wissen das. Jetzt ist der Moment gekommen, der nicht verpaßt werden darf.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen also, daß ihre Koalition für die Koalition sind. Sie selbst sind dagegen. Sie müssen sich aufrufen, um durch ihren energischen Protest und ihren Kampf gegen ihre Führer zu verhindern, daß das Koalitionsgeheimnis stand kommt.

Hindenburgs Hoffamarrilla

Warum der Pathist Clak nicht verhaftet werden dürfte

Berlin. Die „Welt am Abend“ weist darauf hin, daß die Kuppelverhandlungen der Clak-Bundischen auf die direkte Wirkung des Reichspräsidenten zurückzuführen ist. In die Clak im innere Parteibewegung, deren Fäden direkt nach Dresden liefen, waren die namhaftesten Vertreter der monarchistischen Restauration verwickelt. — Es ist schon eine sehr große Gefahr, wenn der „Vorwärts“ in seinem Kommentar zur Verhaftung von Dr. Dieck und Dr. Goldmann schreibt: „Von den Pathisten plattieren Clak und Genossen ist keiner in Haft!“ und nicht sagen will, wo er ihre Verhaftung bisher verhindert hat.

Eine gebirgerte Ordnungsfülle

Die Provinzzeitungen melden unter Gerichtsberichten folgendes: Sandilus Dr. jur. Richard Gronau war während der Revolution vorzeitig politisch tätig, besonders als Geschäftsführer des Sächsischen Landesbürgerrates. In der Eigenschaft unterhielt er ein eigenes Bureau und gab eine Zeitung heraus. Von 1923 ab war er Sandilus des Landesbürgerverbandes in Sebnitz und vertrat später auch das dortige Kreisparlament und die Kreisparlament des Landesbürgerverbandes. In dieser Tätigkeit unterhielt er 15000 Mark. Er erhielt 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust. Damit ist wieder eine Ordnungsfülle des Bürgerrechts in die Arbeit. Gronau war während der Revolutionszeit — wie schon aus der Notiz der Provinzzeitungen hervorgeht — Organist des Landesbürgerrates und damit Vater der demokratischen Einwohnerwehren, die gegen die Arbeiter losgelassen wurden. Diese Verurteilung zeigt mit dem Volksparteiprozess den großen Sumpf der bürgerlichen Korruption in Sachsen auf.

Neue Opfer der Bürgerjustiz

Leipzig, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Ein unehrer Zuchturteil fällt Montag die Niederjustiz gegen den polnischen Genossen Wilhelm Barnte aus Hamburg, der im Grund überliefen Spitzelmaterials vom Reichsgericht zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Im Jahre 1923 hat Genosse Barnte in Mecklenburg Wahlpropaganda für die Reichstagswahl für die KPD getrieben. Der Reichsgerichtswahl setzte ihm zur Last, während dieser Zeit als „Partikulargruppenführer“ in Mecklenburg tätig gewesen zu sein. Die Klage, die auf Vorbereitung zum Hochverrat und Betrug gegen das Sprengstoffgesetz lautet, ist lediglich auf die Angaben von 1000 Subjekten aufgebaut. Diese Verurteilung ist um so erschütternd, als der Prozeß noch vom „Unterstützungsausschuss“ gegen und seinem früheren Vorgesetzten Vogt vorbereitet worden ist. Die übrigen Zügensubjekte, wie Spitzel Köppl und Spitzel waren Kronzeugen.

Für die Einheit der Partei

Die am vergangenen Sonntag stattgefundene Parteikonferenz der KPD des Bezirkes Erzgebirge-Bogland nahm mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen eine Resolution zur Selbstkritik an, die die Stellungnahme des Zentralkomitees billigt.

Wupeifu auf der Flucht

Wie die „Daily Express“ aus Shanghai berichtet, ist die Stadt Tschoukian von zu der Armees Wupeifu gehörigen Soldaten, die sich in vollem Rückzug nach dem Norden befinden vollkommen vernichtet worden. Die Soldaten plünderten und brannten die Stadt nieder und richteten unter den Einwohnern ein furchtbares Blutbad an. Die aus Englandern zusammengeleitete Chinesenarmee wurde vollkommen zerstört. General Wupeifu hat jede Kontrolle über diesen Teil seiner Truppen, die in Wahrheit Banditen sind, verloren; die Lage in der Provinz ist sehr gefährlich. Die Stadt Tschoukian ist eines der größten Handels- und Fabrikkentren der Provinz Honan, deren Bevölkerung 100 000 Personen übersteigt ist.